

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe **Nr. 11**

november/dezember 2001



Nichtwähler sind
stärkste Partei

WiderSetzen im
Wendland

Brot Bomben und
Lügen

Stoppt den Krieg in
Afghanistan

Demo gegen
Abschiebung in
Hannover

Lokales

Termine

INHALT

CDU gewinnt, Nichtwähler aber sind dies
stärkste der Parteien **Seite 3**

WiderSetzen im Wendland
18000 Beamte sollen Mitte November
neuen Atommüllkonvoi nach Gorleben
schützen **Seite 4**

"Ich hoffe, dass man nun in absehbarer
Zeit auch gegen diese
Verbrecher vorgehen wird." **Seite 5**

Lokales, Meldungen, Provinzielles **Seite 7**

"Die Kanonen haben sich gedreht"
Seite 10

Brot, Bomben und Lügen **Seite 12**

Stoppt den Krieg gegen Afghanistan
Seite 15

Abschiebungen abschaffen!
Abschiebeknäste schließen! **Seite 16**

Junge Union hofiert Neonazi **Seite 17**

Ausstellungen im Celler Kunst-/Boman-
Museum **Seite 18**

Buchbesprechungen **Seite 18**

Geplante EU-"Anti-Terror-Konvention"
gefährdet Bürgerrechte **Seite 19**

Termine **Seite 20**

Hallo Leute,

der Schwerpunkt dieses Heftes - Ihr werdet es erraten - ist der Terroranschlag auf das World Trade Center und der Krieg gegen Afghanistan.

Aus der Vielzahl von Artikeln, die meisten sind einfach Schrott, haben wir zwei in unseren Augen informative gekupfert.

Selbstverständlich haben wir die kommunalen Aspekte, den Castortransport oder den 9. November nicht vergessen.

Leider müssen wir den Fortgang eines weiteren Redaktionsmitglied vermelden: Unser junger, hoffnungsvoller Computerfachmann konnte den Sirenen der Hauptstadt nicht widerstehen. In Zeiten, wo wir uns ehe fragen, was bringt ein linkes, alternatives Zeitungsprojekt überhaupt - außer viel Arbeit - ein herber Schlag für uns.

Ansonsten wünschen wir euch allen jetzt schon ein bombiges Neues Jahr.

Die nächste Revista soll im Januar erscheinen; Redaktionsschluß ist der 28. Dezember.

Ach ja: Wer nicht weiß was er oder sie mit seinem oder Ihrem Weihnachtsgeld machen soll, denke einfach an unsere Kontonummer, siehe Impressum.

Tschau, die Redaktion.



Impressum: Revista, Nr.11 ▀ Erscheinungsweise: alle 2 Monate liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 10,-DM). ▀ Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle ▀ em@il: Revista@gmx.de ▀ V.i.S.d.P.: Ralf Hübner ▀ Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001 K-Nr.: 108 099 698, Stichwort `Revista` ▀ Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder! ▀ <http://members.tripod.de/Revista>

CDU gewinnt, Nichtwähler aber sind die stärkste der Parteien

Auch wenn nicht zwei Tage nach der Kommunalwahl das WTC in Schutt und Asche gefallen wäre, hätten die Wahlergebnisse in Celle kaum großes Interesse gefunden. Denn eigentlich blieb alles, wie es war. Wer nach Wahlgewinnern sucht, stößt einzig auf die FDP, die im Stadtrat einen Sitz dazu-gewann; und das auf Kosten der REPs, die im Vergleich zur Wahl vor fünf Jahren einen Sitz verloren.

Relativer Wahlgewinner ist in Stadt und Landkreis Celle die CDU. In Stadtrat und Kreistag bleibt sie jeweils deutlich stärkste Fraktion und kann mit willfährigen Partnern wie der Wählergemeinschaft eigentlich machen, was sie will. Die CDU ist neben der FDP auch die einzige Partei, die im Gesamtergebnis aller Gemeinderatswahlen des Landkreises Celle sogar Mandate hinzu gewinnen konnte (2001: 197, 1996: 184). Die REPs verloren gegenüber 1996 etwa die Hälfte aller ihrer Wähler und haben in allen Stadt- und Gemeinderäten des Landkreises nur mehr 2 statt 6 Mandate (Köhler in Winsen und Schaa in Celle).

Für die Stadt Celle macht folgende Tabelle aber deutlich, dass die niedrige Wahlbeteiligung doch überrascht. Das hat letztlich Konsequenzen für die Legitimation der Ratspolitik. Um es deutlich zu machen: Nur jeder Fünfte Wahlberechtigte in Celle machte seine Kreuze bei der CDU.

Partei	Stimmen (*)	(**)	(***)	Sitze	
CDU	35250	44,4	41,9	20,6	20
SPD	23716	29,8	29,5	13,9	13
Grüne	5561	7,0	8,4	3,3	3
WG	5887	7,4	?	3,5	3
FDP	7020	8,8	6,4	4,1	3
REP	2022	2,6	5,2	1,2	1
Nichtwähler	89930			52,7	

*) in % der gültigen Stimmen 2001
 **) in % der gültigen Stimmen 1996
 ***) in % der Wahlberechtigten 2001

Interessant ist manchmal ein Vergleich mit den Ergebnissen auf Landesebene. Noch deutlicher als 1996 liegt die Wahlbeteiligung in der Stadt unter dem Landesschnitt von 56,2 %. CDU, FDP, REPs und überraschenderweise auch die Grünen liegen mit ihren Celler Ergebnissen über dem Landesdurchschnitt ihrer Parteien; einzig die SPD – und das erheblich – unter dem im gesamten Land Niedersachsen. Während die Grünen landesweit 2,6 %-Punkte verloren, waren es in Celle nur 1,4 %-Punkte – und so liegt man wohl erstmals leicht über dem Landesdurchschnitt.

Deutlich darüber abgeschnitten haben mit ihren 2,6 % auch die REPs, die im Landesdurchschnitt von 1,0 % (1996) auf 0,5 % (2001) gefallen sind. Spekulieren wir über die Grünen: Ihnen ist über die letzten zehn Jahre in Celle gelungen, ihre bildungsbürgerliche Mittelstandswählerschaft zu stabilisieren – vor allem, indem man schon lange jeglichen Anschein von Veränderungsbereitschaft abgelegt hat. ZivilbürgerInnen mögen diese Bequemlichkeit und das sich beim Kreuz für die Grünen einstellende ruhiges Gewissen.

Diese These wird bestätigt durch die Gewinne in der grünen Hochburg, dem Hehlentorgebiet. Auf eine im klassischen Sinne politische Forderung (nämlich das grüne Nein zur Ostumgehung) ist einzig das hohe Ergebnis in Altenhagen zurückzuführen. Den REPs hat neben den Berliner AntiFa-Monaten vor allem wohl geschadet, dass sie auf ihren Dampfhammer-Rassismus verzichtet haben – und bei den leisen Zwischentönen ist die Celler FDP nun mal besser.

Die kommunalpolitische Schwäche der SPD dürfte vor allem ihr selbst die größten Rätsel aufgeben. Besser konnte die Situation für sie kaum sein. In Berlin und Hannover Regierungspartei, in Celle eine zerstrittene und schwache CDU-Fraktion als Gegnerin, die unüberschaubar am Gängelband eines unbeliebten Oberstadtdirektors hängt, die Lokalpresse zumindest nicht gegen sich. Doch nichts ging: weniger Wähler, nicht mal über die 30 %-Hürde. Wir hatten im letzten Heft beim Vergleich der Programme einen Erklärungsversuch geliefert: Es gibt keinen Grund, SPD zu wählen, solange sie sich in ihren wesentlich Projekten nicht von der CDU unterscheidet. - Und: Die SPD täuscht sich, wenn sie sich das Stichwahlergebnis von Jens Rejmann auf ihre Fahnen schreiben will – alles was über ihren 30 % lag, waren Stimmen gegen Biermann. Womit wir bei der Oberbürgermeisterwahl wären, dort erhielten im ersten Wahlgang:

Biermann (CDU)	12169	45,1%
Rejmann (SPD)	9345	34,7%
Falkenhagen (FDP)	3012	11,2%
Langhans (GRÜ)	1686	6,3%
Schaa (REP)	749	2,8%

In der Stichwahl holte Biermann 11.296 Stimmen (= 52,5 %), Jens Rejmann von der SPD 10.236 Stimmen (= 47,5 %). Der künftige Celler Oberbürgermeister konnte nicht einmal die Stimmenzahl des ersten Wahlgangs wiederholen, während Rejmann in der Stichwahl auch von WählerInnen der Grünen Stimmen bekommen habe dürfte. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 38,2 %, d.h.: Martin Biermann hat letztlich nur die Unterstützung von 19,9 % der Wahlberechtigten. Nur jeder Fünfte hat ihn gewählt.

Martin Biermann hat sich in den vergangenen Jahren ein solches „Kotzbrocken-Image“ erarbeitet, dass dies viele „Freunde“ sowohl im ersten Wahlgang wie in der Stichwahl an die Urne trieb, denen die aufgebotenen KandidatInnen der anderen Parteien sonst nur ein „Danke Nein“ entlockt hätten.

Der „Visionär“ Biermann hat einen Dämpfer erhalten, und wenn jetzt sein bunter Uni-Luftballon platzt, wird auch er mal kurz auf dem Boden der Tatsachen landen. Was das bei ihm bewirkt, bleibt abzuwarten. Im Wahlkampf hat er auf rassistische, elitäre und sozialchauvinistische Sprüche weitgehend verzichtet. Angesichts der kommenden Zeiten, wär es schon schön, wenn's dabei bliebe. Ansonsten gewinnt die Parole auf Halle 10 der CD-Kaserne eine neue Aktualität, denn dort heißt es: „Bekämpft die Ursel-Bande!“ Harry Klein

WiderSetzen im Wendland

18000 Beamte sollen Mitte November neuen Atommüllkonvoi nach Gorleben schützen

Reimar Paul

Nach langem Verwirrspiel steht der Termin für den nächsten Castor-Transport nach Gorleben nun offenbar fest. Nach Angaben der Initiative »x-tausendmal quer« deutet »alles darauf hin«, daß die sechs Container mit verglasten Abfällen aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage ab dem 12. November Richtung Wendland rollen sollen. Atomkraftgegner riefen am Dienstag, den 23.10 zu bundesweiten Aktionen gegen die Atommüllfuhr auf.

»Wir wollen Mitte November ein deutliches Zeichen gegen die verantwortungslose Atompolitik der Bundesregierung setzen«, erklärte »x-tausendmal quer«-Sprecher Jochen Stay. Das Zwischenlager Gorleben sei für die sichere Lagerung von hochradioaktivem Atommüll ungeeignet. Der Atomkonsens sichere den Weiterbetrieb der AKW auf Jahrzehnte und verdoppele die Atommüllmenge. Dies werde im neuen Atomgesetz festgeschrieben. Der Castor-Transport sei eine »gute Gelegenheit, um mit eindrucksvollen Aktionen entlang der Transportstrecke und im Wendland zu zeigen, daß ein großer Teil der Bevölkerung diese Atompolitik und dieses Atomgesetz ablehnt«.

Konkret planen die Atomgegner unter anderem eine große Sitzblockade auf der Castor-Transportstrecke bei Dannenberg. Diese Aktion unter dem Motto »WiderSetzen« wird nach Angaben von Jochen Stay von einem Bündnis aus Castor-Gruppen und Einzelpersonen, der Bürgerinitiative Umweltschutz und »x-tausendmal quer« vorbereitet.

Mit »WiderSetzen« sollen den Initiatoren zufolge noch mehr Menschen aus der Region Lüchow-Dannenberg zum Widerstand gegen den Castor-Transport ermuntert werden. »Wir wollen ein unübersehbares Zeichen setzen, daß sich diese Region nicht damit abfindet, daß die Castor-Transporte Jahr für Jahr weitergehen sollen. »Wenn deutlich wird, daß sich auch die ganz normalen Bürger nichts mehr gefallen lassen, dann haben wir eine reale Chance, daß die Politiker noch einmal neu nachdenken müssen«, sagte Egon Meierhofer von der Vorbereitungsgruppe gegenüber der Elbe-Jeetzte-Zeitung.

Die Idee zur großen »Bürgerinnen- und Bürgerblockade« ist nach Angaben der Bürgerinitiativen durch die Aussage des Gesamteinsatzleiters der Polizei bei den Castor-Transporten, Hans Reime, inspiriert worden. Der Beamte hatte kürzlich erklärt: »Wenn Tausende von wendländischen Bürgern die Straße blockieren, dann haben wir ein Problem.« Die Straße soll bereits am Sonntag vor Eintreffen des Castor-Transportes im Wendland besetzt werden. »Wir glauben, daß der Sonntag ein guter Zeitpunkt ist, weil wir an diesem Tag mit vielen Menschen gemeinsam auf die Castor-Strecke gelangen können«, so Stay. Eine Rolle spiele aber auch der Umstand, daß vor dem Transporttag noch nicht ganz so viele Einsatzkräfte der Polizei vor Ort seien.

»WiderSetzen« soll allerdings nur eine von vielen Protest- und Behinderungsaktionen gegen den Castortransport sein. Wie bereits im März, haben Aktivisten aus Initiativen auch

dieses Mal wieder ein »Streckenkonzept« augetüftelt, das viele Aktionen entlang der Schienenstrecke beinhaltet. Mobilisiert wird bereits für Auftakt demonstationen am 10. November in Lüneburg und Karlsruhe sowie für eine »Dauermahnwache« bei Wörth, wo der Castor-Zug die deutsch-französische Grenze passieren soll.

Niedersachsens Innenminister Heiner Bartling (SPD) kündigte unterdessen an, daß rund 18000 Polizei- und Grenzschutzbeamte den Atommülltransport in das Zwischenlager Gorleben begleiten sollen. Die Vorbereitungen für den Transport würden trotz der Belastungen der Polizei nach den Terroranschlägen in den USA wie geplant fortgeführt, betonte Bartling. In der Bundesrepublik müsse sich das staatliche und wirtschaftliche Leben normal fortsetzen.

Termine und Kontakte:

Samstag 10.11.

Große Auftakt demo in Lüneburg, 10 Uhr, Treffpunkt Sülzwiesen; danach Bezug der Camps entlang der Strecke

Sonntag 11.11.

9 Uhr Beginn des Aktionstrainings für die Aktion »WiderSetzen«

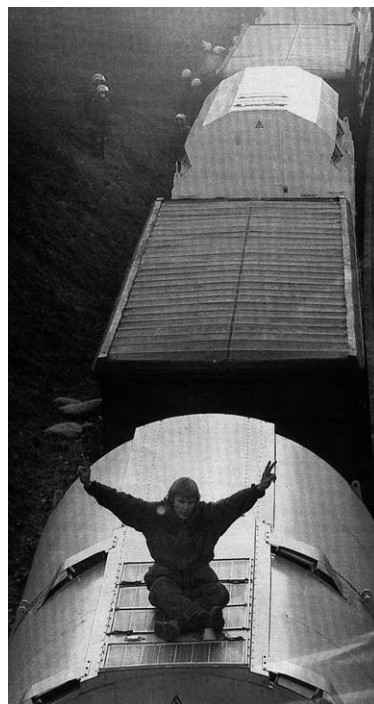
11 Uhr Großkundgebung in Splietau bei Dannenberg

14 Uhr Aktion »WiderSetzen« in Dannenberg

Kontakt zur Aktion WiderSetzen:

WiderSetzen: Landstr. 6, 29462 Güstritz, Telefon: 05831-1433,

Internet: www.widersetzen.de



Ach, noch was:

Die voraussichtliche Novemberkälte sollte niemanden schrecken, denn neben den Camps haben sich die Wendländer die Aktion: "Wir lassen unsere Gäste nicht im Regen stehen" ausgedacht. Viele Kirchen, Scheunen, Garagen und Privatquartiere stehen den demonstrierenden Gästen offen.

“Ich hoffe, dass man nun in absehbarer Zeit auch gegen diese Verbrecher vorgehen wird.“

Walther Hörstmann

Ein fragmentarischer Schriftwechsel zum Versuch, die Täter der Celler Novemberpogroms strafrechtlich zu verfolgen

In der Nacht von 9. zum 10.11.1938, der Reichspogromnacht, wurden in Celle die Synagoge, der jüdische Friedhof, vier noch verbliebene jüdische Ladengeschäfte und die Praxis des Rechtsanwalts von der Wall zerstört, verwüstet und teilweise geplündert. Fast alle jüdischen Männer und Jugendlichen Celles wurden verhaftet und ins KZ Sachsenhausen deportiert. Mitte Dezember wurden sie wegen der durch ihre Abwesenheit entstandenen formalen Probleme bei der Arisierung ihres Besitzes entlassen.

Zu den Tätern der Pogromnacht in Celle gehörte u.a. der spätere Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Kurt Blanke. Elmar Maibaum hat in seiner Recherche "Die Reichspogromnacht in Celle" die Zusammenhänge ausführlich dargestellt. Die Namen zweier anderer Täter sind bekannt, weil sie - wie auch Blanke - nach dem Pogrom aus der SA austraten. Über alle anderen Täter wurde von denen, die es wussten, immer geschwiegen.

Die Strafverfolgung der Verbrechen der Pogromnacht spielte im Nachkriegsdeutschland eine eher untergeordnete Rolle, ausgeprägt gab es einzig in Hessen Ermittlungen, Prozesse und Verurteilungen. Im Aktenbestand "1 D 23 a" des Celler Stadtarchivs gibt es einen interessanten Schriftwechsel, der im folgenden dokumentiert werden soll.

Der Celler Arzt Carl Credé-Hoerder (1878-1954), zudem nebenberuflich ein in der Weimarer Republik viel gespielter Theaterautor ("§ 218 - Gequälte Menschen"), wandte sich im November 1945 an den von den Briten eingesetzten Oberbürgermeister Walther Hörstmann (1898-1977). Eindringlich bat er darum, die Stadt möge sich für eine juristische Verfolgung der Verbrechen der Pogromnacht einsetzen. Neben dem Sinnen auf Gerechtigkeit ging es ihm auch darum, dass die Deutschen sich selbst um die Aufklärung der Verbrechen und die Bestrafung der Taten kümmern und dies nicht den Alliierten überlassen sollten. Der Vorgang ist offenbar nicht vollständig erhalten, aber auch so aufschlussreich.

Das angesprochene Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom Dezember 1945 ermöglichte den deutsche Gerichten, Verfahren gegen die Täter der Pogromnacht in Gang zu bringen. Trotz der Bemühungen Carl Credé-Hoeders ist es in Celle nicht zu einem solchen Prozess gekommen.

5. November 1945 Credé-Hoerder an Hörstmann

Vor drei Wochen unterbreitete ich Ihnen die Angelegenheit des Celler Juden-Pogroms [Credé schreibt immer Pogrom]. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in nicht zu ferner Zeit mir meine Anfrage beantworteten. Ich glaube, dass

es dem Interesse der Stadt, überhaupt unser aller Interesse, sehr abträglich sein könnte, wenn wir die Initiative den Celler Juden und der All. Militär Behörde überliessen.

7. November 1945 Hörstmann an den Regierungspräsidenten

In der Anlage überreiche ich eine Zuschrift nebst einem Exposé über das Judenpogrom [auch Hörstmann schreibt "Judenprogrom"] im November 1938. Ich wäre für eine Mitteilung dankbar, ob Sie es für zweckmäßig halten, die Angelegenheit politisch anzusehen und demgemäß vorzugehen. Ich hatte daran gedacht, die Angelegenheit an den Herrn Generalstaatsanwalt in Celle abzugeben, damit bei Wiedereröffnung der Gerichte diese damit beschäftigt werden.

20. November 1945 Hörstmann an Credé-Hoerder

Wegen der von Ihnen angeregten Aufnahme des Verfahrens gegen diejenigen, die sich an dem Judenpogrom 1938 beteiligt hatten, teile ich Ihnen mit, dass ich wegen der Grundsätzlichkeit der Frage mich an den Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg gewendet habe. Von dort erhalte ich jetzt den Bescheid, dass der Herr Oberpräsident ... wegen dieser leider überall in Szene gesetzten Ausschreitungen generelle Anweisung erteilen wird.

24. November 1945 Credé-Hoerder an Hörstmann

Ich weiss aus ganz sicherer Quelle, dass vorgestern der Hauptvertreter der Judenschaft aus Hannover hier war, um Erhebungen anzustellen, in wie weit die Juden infolge des bekannten Pogroms Schaden erlitten haben. Angeblich sollen die Erhebungen von der Alliierten Militär Behörde in die Hand dieses Herrn gelegt sein. Alle Celler Bürger, die sich die Notlage der Juden zunutze gemacht haben, um deren Häuser aufzukaufen, sollen angeblich gezwungen werden, diese wieder herauszugeben. Obwohl ich nun seit 3 Monaten Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt habe, um zu vermeiden, dass seitens der Juden oder Engländer diese peinliche Pogrom-Frage angeschnitten wird, ... ist es nun doch schon beinahe soweit, dass wir jede Chance verwirken, von Deutscher Seite aus unseren guten Willen zu dokumentieren, dieses große Unrecht an den Juden gut zu machen. ... In meinem einfachen Bürgerverstand erscheint es mir als das Nächstliegende, unverzüglich seitens der Stadt Celle eine Anzeige betr. des Pogroms bei der doch bestehenden Staatsanwaltschaft Lüneburg zu machen. Diese einfache Anzeige genügt ja dann, uns Deutschen das

Prioritätsrecht zu sichern. Um klarer zu sehen, habe ich Schritte unternommen, um mit dem jüdischen Vertreter und dem hiesigen Rab[b]iner ins Gespräch zu kommen. Auf diese Weise werde ich wenigstens erreichen, später immer beweisen zu können, dass es in Celle Menschen gegeben hat, die aus einem selbstverständlichen Sauberkeitsgefühl und Gerechtigkeitsgefühl heraus die Pogromsache zur Sprache und zur Sühne bringen.

27. November 1945 Hörstmann an Credé-Hoerder

Bezüglich der unter allen Umständen nötigen Aktion zur Klarstellung des Judenpogroms und der sich daraus ergebenden Wiedergutmachung haben wir durch Vorlage der Vorgänge bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Hannover m.E. durchaus unsere Priorität gewahrt. Aus einer persönlichen Unterredung mit dem Herrn Generalstaatsanwalt habe ich auch durchaus den Eindruck gewonnen, daß alle damit zusammenhängenden Fragen zu gegebener Zeit aufgerollt werden.

7. März 1946 Hörstmann an Credé-Hoerder

In der Frage der Strafverfolgung der an den Pogromen im November 1938 Beteiligten ist man nun offenbar einen Schritt weitergekommen. Der Herr Regierungspräsident in Lüneburg gibt mir auf meinen Bericht vom 7. Nov. 45 Kenntnis von einer Mitteilung des Herrn Oberpräsidenten an den Herrn Generalstaatsanwalt in Celle mit folgendem Wortlaut: "In der Anlage überreiche ich ... einen Bericht des Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg vom 15. Nov. 1945 - I Pol. 31 - mit der Bitte um Stellungnahme. Die darin berührte Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen früher begangene Verfolgungen jüdischer Staatsbürger strafbar sind und verfolgt werden können - eine Frage die bisher zweifelhaft sein konnte - dürfte jetzt durch das Gesetz Nr. 10 des Kontrollrats vom 20. Dezember 1945 beantwortet sein. Danach sind als Verbrechen strafbar (Art. II) Ausschreitungen aller Art gegen Zivilpersonen aus rassistischen Gründen. ... Eine Verfolgung vor deutschen Gerichten dürfte aber nach Art. III des Gesetzes (1d -2) nur möglich sein auf Grund einer besonderen Ermächtigung der britischen Besatzungsbehörde und nach den Anordnungen, die die Besatzungsbehörde über die Regeln und das Verfahren trifft, nach denen die Verfolgung zu erfolgen hat.

Alltäglicher Antisemitismus im Dritten Reich:
Gemeinschaftsanzeige einer "Kaufleute" im
"Niedersächsischen Heimatblatt Nr.17/1935"



..."Ich hoffe, dass man nun in absehbarer Zeit auch gegen diese Verbrecher vorgehen wird.

11. März 1946 Credé-Hoerder an Hörstmann

Ich bin überzeugt, dass wir in kurzer Zeit erkennen werden, wie wichtig es ist, dass deutscherseits die Initiative zur Strafverfolgung ergriffen wurde.

16. März 1946 Credé-Hoerder an Sievers

Ich bearbeite z.Zt. die Angelegenheit der Judenverfolgung von Celle. Nun ist es nach dem Pogrom zu zahlreichen Auktionsversteigerungen und Liquidierungen jüdischer Firmen in Celle gekommen. Angeblich hat die Stadt den Bücherrevisor Kraus, Ohagenstrasse 2, als Treuhänder bestellt. Er hat mir auch schon einige sehr wertvolle Aufschlüsse gegeben. Ich bin mir aber immer noch nicht klar darüber, von wem aus die Liquidierungen erfolgt sind. Kraus verweist mich in dieser Frage an Sie.

22. März 1946 Sievers an Credé-Hoerder

Der Bücherrevisor Kraus ist am 13. Dez. 1938 von der Stadtverwaltung im Einvernehmen mit der Industrie- u. Handelskammer zum Abwickler der jüdischen Geschäfte von Oskar Salomon, Hans Salomon u. Siegfried Wolff in Celle bestellt u. zwar auf Grund der §§ 3 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung [eigentlich: des Gesetzes] zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 23.11.1938 / RGBl. S. 1642.

Für die Verwertung der Warenlager waren von der Industrie- u. Handwerkskammer als Abwickler bestellt u. zwar für das Schuhwarenlager von Oskar Salomon der Kaufmann L. Rodenberg zu Hannover u. für die Textilwarenlager von Hans Salomon u. Siegfried Wolff der Kaufmann Wilhelm Wiese in Hannover. Für die übrigen jüdischen Geschäfte ist kein Abwickler bestellt. Berta Hellmann, Mauernstr. 38, hat ihr Haus an Möbelhändler Feß [Mauernstr. 40] verkauft, das Warenlager von Julius Wexeler hat der Reisende Eggers übernommen, Viktor Roberg, Fritzenwiese Nr. 42, hat wahrscheinlich kein besonderes Warenlager besessen. In welcher Weise die Produktengeschäfte von Henry Salomon u. Mendel Schul abgewickelt sind, läßt sich aus den Akten nicht feststellen. Ebenso nicht bei dem Schuhmacher Gezelewitsch [Schuhstr. 23]. Auktionen haben bei den durch Kraus abgewickelten Geschäften m. W. nicht stattgefunden. Soweit ich mich entsinne, hat das Lager von Wolff die Firma Gödecke + Mittelmann zu einem höheren als dem Schätzwert übernommen. Das Schuhwarenlager von Salomon ist wahrscheinlich von dem Schuhhaus Pertz [Poststr. 7] übernommen. Die Art der Verwertung des Lagers von Hans Salomon ist mir nicht mehr in Erinnerung.

Rauchende Colts

Ein Redakteur der CZ schrieb ins Gästebuch seiner Zeitung: "Ich bin ein New Yorker. Kein Geborener, aber ein Bekennender. Und ich hoffe, dass diejenigen, die diese Stadt, das Symbol der Freiheit und Weltoffenheit, diese Welthauptstadt, in der es an jeder Ecke frische Ideen nur so hagelt, in Schutt und Asche legen wollten, gerecht, hart und unbarmherzig bestraft werden. Sie haben Wind gesät, und ich möchte dass sie dafür Sturm ernten, denn: Sowas tut niemand ungestraft meiner Stadt an. By Michael Ende At:101/09/13(03:56)".

Sozialamtsleiter gegen Faulenzerdebatte

Kritik an der von Bundeskanzler Schröder und dem hessischen Ministerpräsidenten Koch losgetretenen 'Faulenzerdebatte' übte im September der Celler Sozialamtsleiter Wilhelm von Fintel. Dieses pauschale Einschlagen auf Sozialhilfeempfänger werde der Problematik nicht gerecht. Arbeitsunwillige hätten schon immer mit Sanktionen zu rechnen. Die überwiegende Zahl der Sozialhilfeempfänger sei unverschuldet in diese Situation geraten. Als Probleme nannte von Fintel mangelnde Schulausbildung und fehlende Arbeitsplätze für unqualifizierte Kräfte.

Kirche gegen Vergeltung

"Der Ruf nach Vergeltung, so verständlich er ist, führt nicht zum dauerhaften Frieden, sondern provoziert neue Gewalt. Die zivilisierte Welt wird erkennen müssen, dass es Frieden auf der Welt ohne Gerechtigkeit zwischen den Völkern nie geben wird."

Dirk Hölterhoff, Superintendent des ev.-luth. Kirchenkreises Celle, am 15.09.2001 in der CZ.

Rampe der Gedenkstätte Bergen-Belsen abgerissen

HANNOVER. Die denkmalgeschützte Bahnrampe des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen ist

im Auftrag der Bundeswehr irrtümlich teilweise abgerissen worden. Die zuständige Standortverwaltung Bergen der Bundeswehr wusste angeblich nichts über den seit September 2000 geltenden Denkmalschutz der Anlage.

Die Bundeswehr ist Eigentümerin des Geländes. Die Bahn hatte sich nach Angaben der Bundeswehr über den schlechten Zustand der Bahnrampe beschwert und deshalb sei eine Firma mit Reparaturaufgaben betraut worden. Der ursprüngliche Zustand muss jetzt wieder hergestellt werden.

Der Bundesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) hat gegen die Abrissarbeiten an der historischen Bahnrampe in Bergen-Belsen protestiert. In der Stellungnahme heißt es: "Der verantwortlichen Standortverwaltung der Bundeswehr hätte bekannt sein müssen, dass diese Rampe, wenige Kilometer vom ehemaligen Konzentrationslager entfernt, während der Nazi-Diktatur der Ankunftsort der Gefangenen war. Allein der Name, Bergen-Belsen hätte zu Fragen nach der Zulässigkeit von solchen Bauarbeiten führen müssen, auch unabhängig vom formalen Denkmalschutz. Jedes Jahr im April finden in Bergen-Belsen Gedenkfeiern anlässlich der Befreiung des Lagers statt - was der Bundeswehr kaum verborgen geblieben sein dürfte. Es ist dem Landtagspräsidenten Rolf Wernstedt nur zuzustimmen, wenn er den teilweisen Abriss der Rampe eine 'Gedanken- und Pietätlosigkeit sondergleichen' nennt."

"Angesichts der Geschichte dieses Ortes ist auch zu überlegen, ob es angemessen ist, dass diese Rampe seit Jahren von der Bundeswehr zum Panzer verladen genutzt wird!" sagte der Bundessprecher der VVN-BdA Stefan Hölzer am Sonntag in Braunschweig. "Es wäre wünschenswert, wenn sich die Bundeswehr in Zukunft im Rahmen ihrer Traditionspflege stärker mit dem historischen Ort KZ Bergen-Belsen auseinandersetzen würde, an dem etwa 70.000 Menschen, darunter auch Anne Frank und ihre Schwester ermordet wurden oder an Hunger und Seuchen starben. PM: VVN-BdA, Hannover 24.9.2001

Rock-Da-Haus: 4000 Mark für Krebshilfe

"Es war nicht nur ein großartiges Konzert, auch das Spendenergebnis kann sich sehen lassen," so lautet die einhellige Bewertung aus dem Plenum des Bunten Hauses über das Rock-Da-Haus-Festival zugunsten der Krebshilfe und des Onkologischen Forums Celle. Nachdem die Eintrittsgelder der 350 BesucherInnen schon 3500 DM ergeben hatten, beschloss das Plenum, aus dem Überschuss der Getränkeinnahme noch 500 DM draufzulegen, so dass insgesamt 4000 DM für die Arbeit der Krebshilfeorganisationen überwiesen werden konnten. Ein ausdrücklicher Dank erging deshalb noch einmal an alle Sponsoren, die sich insbesondere bei Werbung und Catering engagiert hatten, und an die vielen Helferinnen und Helfer, die für den reibungslosen Ablauf des auch musikalisch erstklassigen Festivals sorgten. Den Bands hat es im Bunten Haus so gut gefallen, dass alle in den nächsten Monaten allein oder im Doppelpack Konzerte in Celles soziokulturellem Zentrum geben wollen.

Justiz im Nationalsozialismus

Die Wanderausstellung 'Justiz im Nationalsozialismus', die vom 27. Juli bis zum 14. Oktober im Celler OLG gezeigt wurde, konnte hinsichtlich der BesucherInnenzahlen nicht ganz die Erwartungen erfüllen. Insbesondere die mit Schulklassen durchgeführten Führungen blieben hinter den Ergebnissen der vorherigen Ausstellungsorte Hannover und Oldenburg zurück. Insgesamt nur 25 Klassen hatten sich angemeldet, das größte Interesse zeigte dabei mit 11 Klassen das Gymnasium Ernestinum, während von Hölty und HBG jeweils nur eine und vom KAV keine Klasse das Angebot wahrnahmen.

Die einfache Welt des Martin B.

Die Gründe für die Terroranschläge in den USA mochte Martin Biermann nicht

allein auf religiöse oder politische Faktoren zurückführen. Er bemühte als gewissermaßen 'anthropologische Konstante' mit dem 'Hass' ein Gefühl: "Die Ursachen liegen in den Menschen selbst, in ihrer Fähigkeit zu unbändigem Hass." Eine Erklärung, die es überflüssig macht, über globale Ungerechtigkeiten nachzudenken.

Interkuul 2001 - Multikulti in Celle?

Rund 4000 Cellerinnen und Celler besuchten im Laufe des 6 Stunden dauernden Festes am 23. September den Großen Plan, um bei 'Interkuul 2001' dabei gewesen zu sein. Angelockt von Musik, Tanz, Spielen, internationalen Spezialitäten trugen sie bei zum Gelingen dieses von Heimvolkshochschule Hustedt und Stadt Celle organisierten multikulturellen Festes. Obwohl auch das Forum gegen Gewalt und **Rechtsextremismus** Mitveranstalter war, waren Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus kein Thema. Wie bei Familienfesten die 'Oma' oder 'Mutti' hatte die Stadt Celle von vornherein darauf geachtet, dass 'ihr immer mit eurer Politik' gar nicht vorkam. Hoffentlich kommt keiner der Beteiligten auf den Gedanken, mit dem multikulturellen Fest Rassismus bekämpft zu haben oder bekämpfen zu können, denn das funktioniert nur mit Kritik und nicht mit Folklore. Dass es seit langem mal wieder unterschiedlichen gesellschaftlichen, darunter auch nicht-deutschen Gruppen gelang, gemeinsam eine Veranstaltung zu organisieren, war deshalb politisch fast der einzige Lichtblick. Und dass die Verwaltungsspitze der Stadt Celle sich endlich dazu durchgerungen hat, die nicht-deutsche Bevölkerung nicht nur als Objekt wahrzunehmen, sondern ihre Organisationen akzeptiert, ohne hinter jeder kurdischen Tracht die PKK zu vermuten, ist ein Fortschritt. (Nebenbei gesagt erreicht Celle damit das Niveau gesellschaftlicher Auseinandersetzung der 1980er Jahre in dieser Republik.) -

Eine positive Randbemerkung: Im Unterschied zu den gängigen Innenstadtspektakeln ging's 'interkuul' fast ohne Alkohol und die übliche markt-schreierische Fröhlichkeit.

Aus für Hedrich

Die CDU will Klaus-Jürgen Hedrich zur nächsten Bundestagswahl nicht mehr im Celler Wahlkreis nominieren. Der



Uelzener Bundestagsabgeordnete vertritt den Wahlkreis Celle-Uelzen seit 20 Jahren. Jetzt soll eine Cellerin oder ein Celler den Job in Berlin übernehmen. Im Gespräch sind der CDU-Kreisvorsitzende Rainer Prokop, bekannt durch seine Beteiligung an der Kampagne gegen kurdische Immobilienbesitzer, und Susanne Schmitt, die jetzt erstmals in den Rat der Stadt gewählt wurde. Am 31. Januar 2002 soll der oder die Celler CDU-Kandidatin vom Celler Kreisverband bestimmt werden.

NS-Verbrecher 87jährig in Celle gestorben

Eine schlichte Familienanzeige informierte im September über den Tod von Dr. med. Heinrich Bunke. Bei dem einen oder der anderen dürfte der Name ein Stutzen ausgelöst haben. Zu Recht: 87 Jahre waren am Ende dem Celler Euthanasie-Arzt beschieden, der sich schon in dem 1987 in Frankfurt gegen ihn geführten Prozess als "Greis" sah, und für diese Sicht Gutachten vorlegen

konnte, die ihm die drei Jahre Gefängnis ersparten, zu denen er letztendlich vom BGH in einer Revision verurteilt worden war.

Zu je vier Jahren Gefängnis waren Bunke und sein Mitangeklagter Aquilin Ullrich 1987 im sogenannten Euthanasie-Prozess verurteilt worden. Bunke wurde dabei die Mitwirkung an der Ermordung von 11000 Menschen zur Last gelegt, begangen in der NS-Euthanasie-Aktion zwischen 1939 und 1941. Insgesamt wurden dabei über 70.000 in Heilanstalten lebende Menschen als "lebensunwertes Leben" mit Kohlenmonoxid vergast oder mit Gifteinjektionen getötet. Seit 1961 war gegen Bunke ermittelt worden, in einem ersten Prozess war er 1967 freigesprochen worden, der BGH hob diesen Freispruch auf.

Über 5000 BürgerInnen in Stadt und Landkreis Celle hatten zuvor auf Unterschriftenlisten den Ministerpräsidenten in Hannover gebeten, dass der Gynäkologe Dr. Bunke bis zu einem Urteilspruch weiter ärztlich tätig bleiben dürfe. Das Obergericht in Lüneburg hatte dieser Bitte seinerzeit entsprochen; Bunke blieb bis in die 1980er Jahre als Arzt tätig und offenbar störte es manche Celler Bürgerin nicht, von einem Massenmörder behandelt zu werden. Zwei neuere Veröffentlichungen, die sich auch den Taten des Celler Mitbürgers widmen:

Dietmar Schulze: "Euthanasie" in Bernburg. Die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg / Anhaltinische Nervenklinik in der Zeit des Nationalsozialismus.

Michael Greve: Die organisierte Vernichtung "lebensunwerten Lebens" im Rahmen der "Aktion T4". Dargestellt am Beispiel des Wirkens und der strafrechtlichen Verfolgung ausgewählter NS-Tötungsärzte.

Big Brother is watching you

Selbst auf lokaler Ebene treibt der 11.9. die "Sicherheits"-Phantasien auf die Spitze. Eine von der CZ mit beschworene Milzbrandhysterie führte im Verlagsgebäude zu einer kostspieligen Reaktion. Die Fotos mit MG-tragenden Polizisten vorm "roten" Rathaus, die CZ-Artikel illustrieren, sind fast nicht mehr lustig. Denn auch sie tragen dazu bei, dass es "rational" erscheint, wenn demnächst an verschiedenen Orten im Stadtgebiet Überwachungskameras die "falschen Bewegungen" der BürgerInnen aufzeichnen. Die rechtlichen Möglichkeiten werden jetzt mit Änderungen des nds. Polizeigesetzes von der sozialdemokratischen Landesregierung geschaffen. In Celle freuen sich erstmal Biermann ("Dadurch erhalte man eben ganz neue Betrachtungsweisen."), Polizeichef Schomburg ("Rechtschaffene Bürger haben davon nichts zu befürchten.") und Stumpf von der CDU ("Ich kann das nur unterstützen."). Von Jens Rejmann (SPD) gab's das bekannte Abwägungsgerede (man sollte Gefahren und mögliche Gegenmaßnahmen mit Augenmaß abwägen und dann entscheiden, ob wir eine videoüberwachte Stadt haben wollen.)

300 Euro statt 400 DM

In der letzten Sitzung der alten Ratsperiode erhöhten die Mitglieder des Gremiums die monatliche Aufwandsentschädigung eines Ratsmitglied von bisher DM 400 auf 300 Euro, d.h. 586,75 DM. Niemand der Damen und Herren fand es offenbar bei der Beschlussfassung anstößig, dass ihre "kleine" Nebeneinkunft damit den Sozialhilfesatz, also das was in dieser Stadt anderen als Existenzminimum zugesprochen wird, deutlich übersteigt. Einzig die aus dem Rat ausscheidende Frauke Galda (Grüne) stimmte gegen die Erhöhung. Während die Ratsmitglieder künftig erheblich mehr bekommen, erhalten die Fraktionen künftig weniger. Sie waren im Vergleich zu anderen Städten bisher überdurchschnittlich gut ausgestattet.

Solidarisierte sich die JU schon im vergangenen November mit Nazis?

Als die "Kameradschaft 73" gemeinsam mit Mitglieder der Jungen Nationaldemokraten am 11.11.2000 als "Bürgerinitiative zur Schließung des 'Bunten Haus e.V.'" verkleidet einen sogenannten Info-Stand in der Celler Innenstadt durchführte, wurde auf der Internetseite "www.gloria-victoria.org" von Klaus Hellmund "den gesamten Tag aktuell über die Geschehnisse am Infostand" schwadroniert, d.h. größtenteils Lügen aufgetischt. Gegen 18 Uhr war in einer ersten Auswertung u.a. zu lesen: "14 Uhr: ... Vorstandsmitglieder der Jungen Union Celle (Jugendorganisation der CDU) besuchen den Infotisch und solidarisieren sich mit der Bürgerinitiative. Auch sie werden sich gegen die Gewalt aus dem Bunten Haus einsetzen! Der Infotisch wird um 15 Uhr beendet. Ein großer Erfolg auf ganzer Linie!" Diese Notiz über die Solidarisierung von Vorstandsmitgliedern der JU mit den Nazis war zwei Stunden später verschwunden. Wir haben seinerzeit nicht über diese Braunzonen berichtet, weil's eben auch nur Nazi-Phrasen hätten sein können. Die skandalöse Verbrüderung von Kameradschaft und Junger Union in Eschede rückt obige Internetzeilen in den Bereich des öffentlichen Bekenntnissen zur Kumpanei von CDU Jugend und Nazis war wohl noch nicht gekommen.

NPD kann nicht reden

Am 06. Oktober hat die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) zu einer Demonstration in Hannover unter dem Motto "Freiheit für Palästina!" aufgerufen.

Wobei den Nazis die Interessen der PalästinäuserInnen ziemlich egal sind, denn in Deutschland sind diese ebenfalls von marodierenden Rechten gefährdet. Den Nazis ging es einzig darum ihren Antisemitismus auf die Straße zu tragen. Dafür sprach auch, dass Horst Mahler als Redner auftreten sollte, der sich ja in letzter Zeit zu diesem Thema exponiert hat.

Gegen die Nazi-Demo mobilisierte in Hannover ein breites Bündnis. Daraufhin wurde die NPD-Demo von der Polizei verboten.

Der NPD gelang es aber diese über den gerichtlichen Weg wieder zuzulassen, mit der Einschränkung das Mahler nicht auftreten dürfe. Nun scheint es, dass bei der NPD Hannover niemand in der Lage ist mehrere zusammenhängende Sätze zu sprechen, denn ohne ihren Redner haben sie ihren Aufzug am Abend zuvor abgesetzt.

Die antifaschistische Demonstration fand trotzdem statt. An ihr beteiligten sich ca. 500 Menschen die sich gegen den alltäglichen rechten Terror auf den Straßen und die staatliche Abschiebungspraxis positionierten. RH



"Die Kanonen haben sich gedreht"

Herr Chomsky, welche Auswirkungen hat der Terroranschlag vom 11. September auf die Antiglobalisierungsbewegung und auf die Linke in den USA?

Das Attentat war ein niederschmetternder Schlag für jeden, der sich gegen konzentrierte Machtstrukturen wendet. Es war ein niederschmetternder Schlag für die Palästinenser, für die Armen und Unterdrückten und alle anderen - weil es ihre legitimen Ängste und Klagen in den Hintergrund gedrängt hat. Die Leute richten ihre Aufmerksamkeit auf das unmittelbare Geschehen, was nur natürlich ist.

Wie hat sich die öffentliche Meinung in den USA nach dem Anschlag verändert?

Man muss unterscheiden zwischen den Medien und der öffentlichen Meinung. Die öffentliche Meinung ist beherrscht vom Schock, von Wut und Angst, aber bei weitem nicht so uniform und hysterisch, wie die Berichterstattung glauben macht. Die öffentliche Meinung drückt sich auch anders aus: Im Moment finden gerade Hunderte von Teach-ins statt, im ganzen Land. Wenn man den oberflächlichen Meinungsumfragen glaubt, dann sieht es so aus, als ob eine Mehrheit will, dass gebombt wird - egal, wer dabei draufgeht. Aber ich bezweifle, dass eine wirkliche Mehrheit für einen Militärschlag ist.

Wenn das so ist: Haben Sie Hoffnung, dass sich das auf die Politik auswirkt?

Kurz nach so einem Terrorangriff ist kein schneller Kurswechsel zu erwarten. Die Frage ist, ob die Sorgen der Bevölkerung in einen Druck münden, sich dem Hintergrund dessen zuzuwenden, was da passiert ist. Das kann man nicht vorhersagen. Auch 1965 hätte niemand vorhersehen können, dass eine ernsthafte Opposition gegen den Vietnamkrieg zustande kommt. Noch 1966 konnten wir in Boston, einer liberalen Stadt, keine öffentlichen Meetings veranstalten, weil diese durch Studenten und andere gesprengt wurden.

Was sollten die USA tun?

Es gibt einen klaren Weg, wie man in solchen Fällen zu reagieren hat. Es gibt ein internationales Recht, und das wird auch von anderen Ländern befolgt. Wir sind schon Zeugen von schlimmeren terroristischen Grausamkeiten gewesen. Nicaragua beispielsweise musste Mitte der 80er-Jahre schwere Angriffe durch die USA erleiden. Das Land ist daraufhin vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gezogen. Der Gerichtshof hat die USA wegen unrechtmäßiger Gewaltanwendung verurteilt - ein anderes Wort für Terrorismus - und sie aufgefordert, Reparationen zu zahlen. Die USA haben dieses Urteil schlichtweg in den Wind geschlagen, daraufhin hat sich Nicaragua an den Sicherheitsrat gewandt. Der

Sicherheitsrat hat eine Resolution erlassen, die allen Staaten auferlegt, sich an internationales Recht zu halten. Die UN-Vollversammlung hat dies mit überwältigender Mehrheit unterstützt - mit Ausnahme der USA und Israel. Die USA könnten den gleichen Kurs einschlagen - Beweise finden und sie dem Internationalen Gerichtshof vorlegen.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag urteilt nur über Staaten. Dass der Gegner diesmal kein Staat ist . . .

. . . macht im Prinzip keinen Unterschied. Es gibt in diesem Fall, in dem es sehr schwierig ist, Indizien zu finden für das, was passiert ist, umso mehr Gründe, nicht einfach blindlings loszuschlagen. Nehmen wir an, jemand bringt Ihren Bruder um, und Sie wissen nicht, wer es getan hat. Wenn Sie dann einfach jeden umbringen, der auf der anderen Straßenseite wohnt - wäre das die richtige Reaktion?

Nein, sicher nicht. Aber in diesem Fall sieht es nicht so aus, als ob Afghanistan willens sei, den Verdächtigen auszuliefern.

Das ist nicht das, was sie gesagt haben. Sie haben gesagt: Liefert Beweise, dann werden wir uns beraten. Sie werden ihn ausweisen, da habe ich keinen Zweifel.

Ist das Attentat ein historischer Wendepunkt?

Ich stimme Leuten zu, die meinen, dass es ein neues Kapitel in der Geschichte ist. Man muss nur in die Geschichte der USA zurückblicken: Das ist das erste Mal seit dem Krieg von 1812, dass das Territorium der USA angegriffen, ja auch nur bedroht worden ist. Seit dieser Zeit haben die USA einen großen Teil der indigenen Bevölkerung ausgerottet, ein Drittel von Mexiko erobert und sich ausgedehnt, Hawaii und die Philippinen erobert und haben seit einem halben Jahrhundert weltweit interveniert. So sind wir das gewohnt: Wir greifen andere an. Jetzt haben sich die Kanonen in die andere Richtung gedreht.

Das heißt, Sie sehen den Anschlag als Reaktion auf die amerikanische Nahost-Politik?

Die Attentäter sind eine Kategorie für sich. Aber es gibt keinen Zweifel, dass sie aus einem großen Reservoir aus Wut und Angst schöpfen. Das Wall Street Journal beispielsweise hat, ein paar Tage nach dem Anschlag, eine Untersuchung durchgeführt, um die Einstellung von reichen Menschen in der Region zu erfragen: Akademiker, Banker, Geschäftsleute mit Verbindungen zu den USA. Diese Leute sind im Grunde sehr proamerikanisch. Aber auch sie haben große Vorbehalte gegenüber dem Vorgehen der USA in der Region.

Was befürchten Sie?

Alles hängt jetzt davon ab, wie die US-Regierung reagieren wird. Wenn sie Bin Ladens Gebete erhört und einen massiven Angriff gegen Afghanistan oder irgendeine andere muslimische Gesellschaft ausführt, dann wird genau das passieren, was Bin Laden und seine Verbündeten wollen - eine Mobilisierung gegen den Westen. Das ist die gleiche Dynamik, die man aus Nordirland kennt, vom Balkan und aus Palästina. Sie stärkt die repressiven Kräfte auf beiden Seiten. Wenn die Antwort auf Terror und Gewalt ein schlichtes Hinwegsehen über die Gründe dafür ist, dann wird das in den bekannten Kreislauf der Gewalt führen. Und jeder, der mit Bin Laden vertraut ist, weiß, dass er genau darauf hofft.

Werden die USA solchen Warnungen Gehör schenken?

Sie meinen, mit den Worten dieser proamerikanischen Geschäftsleute: Werden die USA aufhören, repressive Regimes zu unterstützen, die freie Entwicklung der Ökonomien zu blockieren, antidemokratische Bewegungen zu unterstützen und die Zivilgesellschaft im Irak zu zerstören, indem sie Saddam Hussein durch das Embargo stärken, und zur gleichen Zeit Israels Besatzungspolitik decken, die inzwischen in ihr 35. Jahr geht? Nun, wenn nicht, kann man ziemlich sicher sein, dass sich die Gewalt weiter hochschauelt.

Alternative Strategien setzen Geduld voraus.

Nein, gar nicht. Was das Embargo gegen den Irak angeht oder die Politik Israels, so wäre es möglich, ziemlich schnell an einen Punkt zu kommen, der im Grunde ein breiter internationaler Konsens in dieser Frage ist. Das ist nichts Radikales.

Aber auch nicht unbedingt das, um was es den Attentätern bei ihrem Anschlag ging?

Wir wissen noch nicht mit Sicherheit, ob das Netzwerk von Bin Laden dahinter steht, aber es scheint plausibel. Die Attentäter sind eine Kategorie für sich: Das sind Leute, die in den 80er-Jahren durch die US-Regierung und den Geheimdienst Pakistans rekrutiert und trainiert, ausgerüstet und unterstützt wurden, um den Russen größtmöglichen Schaden zuzufügen. Natürlich wurden dafür die besten Killer unter Vertrag genommen, die man finden konnte - und das waren nun mal radikale islamische Fundamentalisten. Diese so genannten Afghanis haben auch auf dem Territorium Russlands eine Handvoll terroristischer Attacken ausgeführt. Aber ihr eigentliches Ziel war, die Russen aus Afghanistan zu vertreiben. Nachdem die Russen Afghanistan verlassen hatten, haben sie das Land in Schutt und Asche gelegt. Das Ende vom Lied waren die Taliban. Dieselben "Afghanis" kämpften später auch in Tschetschenien und anderswo. Sie haben auf dem Balkan gekämpft, mit US-Unterstützung, nachdem die USA sich der bosnischen Muslime annahmten, zu deren langfristigem

Schaden. Ihre Hauptgegner sind heute aber Saudi-Arabien und die Regimes der Region, die sie als unislamisch betrachten. Als die USA 1990 ihre Truppen auf Dauer in Saudi-Arabien stationiert haben, haben Bin Laden und andere das verurteilt - für sie war das schlimmer als die russische Invasion Afghanistans, wegen der Bedeutung Saudi-Arabiens aufgrund der heiligen Stätten des Islam. Bin Laden spricht sehr deutlich, und seine Worte decken sich mit seinen Taten.

Seinen Wünschen Folge zu leisten würde aber doch darauf hinauslaufen, die autoritären Regimes der Region - etwa in Saudi-Arabien - durch andere, noch repressivere zu ersetzen?

Wenn man versucht zu verstehen, was er sagt, heißt das nicht, seinen Anweisungen zu folgen. Die Frage ist: Was wollen sie?

Sie wollen den Nahen Osten in eine Art islamisch befreite Zone verwandeln - ähnlich, wie es rechtsradikale Milizen gerne, von ihrer Seite aus, mit den USA machen würden.

In ihrer Ideologie gibt es sicher gewisse Ähnlichkeiten. Aber wenn man einen Umgang mit diesen Milizen finden will, muss man auch wissen, was sie wollen und was ihr Hintergrund ist.

Was heißt das konkret für den Umgang mit ihnen?

Was hat man gemacht, nachdem Timothy McVeigh das Gebäude in Oklahoma in die Luft gejagt hat? Man fand heraus, was ihn angetrieben hat - was diese Wut und Angst genährt hat, aus der sich diese terroristischen Anschläge speisen.

Und wie beugt man solchen Attentaten in Zukunft vor?

Es gibt fast immer Elemente legitimen Grolls in diesen Taten. Denen muss man sich stellen und versuchen, deren Ursachen zu reduzieren. Und natürlich muss man die Attentäter verfolgen. Das ist das, was man tun sollte - wie in jedem anderen Fall.



Brot, Bomben und Lügen

Christoph Spehr

1. Für eine sofortige Einstellung des westlichen Angriffskrieges in Afghanistan

Die USA führen derzeit einen Angriffskrieg gegen Afghanistan, möglicherweise bereiten sie auch einen Angriffskrieg gegen weitere Länder vor. Sie tun dies mit Zustimmung der NATO und der G8-Staaten im Rahmen der üblichen imperialistischen Arbeitsteilung; dass die europäischen Regierungen einen Stil des "nachdenklich Bombardieren" bevorzugen, heißt nicht, dass es hier irgendwelche Differenzen gäbe. Dieser Angriffskrieg ist ein verbrecherischer Akt, und er liegt mitnichten im Interesse der westlichen Bevölkerungen.

Das Entsetzen über die Anschläge des 11. September kann nichts daran ändern, dass Terror weder mit Gegenterror noch mit Krieg zu beantworten ist. Die Rhetorik, die Anschläge seien eine Kriegserklärung gewesen, soll gezielt von der Fragwürdigkeit von Vergeltungsschlägen ablenken. Es gibt bislang kein Verfahren, keine der Öffentlichkeit vorgelegten Beweise, keinen darauf gestützten Auslieferungsantrag; dass die Taliban-Regierung Osama bin Laden nicht in vorausgehendem Gehorsam "einfach so" ausgeliefert hat, gilt als ausreichender Grund für einen Krieg gegen Afghanistan. Dass die militärischen Aktionen der Ergreifung Bin Ladens gelten sollten, ist seit den immer massiveren Bombardements als Lüge offensichtlich: Kriegsziel ist das Auswechseln der afghanischen Regierung. Die Opferzahlen des westlichen Angriffskrieges werden die Zahl der Toten in New York und Washington um ein Vielfaches überschreiten. Der Krieg tötet nicht nur die, die von Bomben getroffen werden; er tötet auch die, die seit dem Truppenaufmarsch vor ihm zu fliehen versuchen und an Hunger und Kälte sterben werden. Der Zynismus der Nahrungsmittelpakete, die mit Grüßen vom amerikanischen Volk hinterhergeworfen werden, wird sie nicht retten.

2. Gegen die Mystifizierung der Anschläge

Die Anschläge vom 11. September sind keine Anschläge auf "die Zivilisation". Es sind auch keine Proteste gegen Armut und Kapitalismus. Es sind Verbrechen, politisch motivierte Anschläge, und Massaker als Teil einer machtpolitischen Strategie. Wenn sie tatsächlich von radikal-islamistischen Terrororganisationen im Umkreis von El-Quaida und Bin Laden verübt sind, haben sie einen ziemlich konkreten Hintergrund. Zum einen sind es Racheakte für den erneuten

Bündniswechsel des Westens in Afghanistan, nämlich von den Taliban zur Nordallianz, an die in jüngster Zeit große Waffenlieferungen vorbereitet wurden und deren militärischer Führer, Massud, im April auf Einladung des Europa-Parlaments zu strategischen Gesprächen mit Solanas u.a. zusammentraf, bevor er zeitgleich mit den Anschlägen von einem Selbstmordkommando ermordet wurde. Zum anderen reihen sich die Anschläge in eine Serie von Mordanschlägen seit 1993, die gegen Angehörige des US-Militärs, der US-Geheimdienste und anderer Einrichtungen in arabischen Ländern verübt wurden und die Ziele verfolgen sollen, die von Bin Laden und anderen Terror-Organisatoren immer wieder genannt wurden: Abzug amerikanischer Truppen aus allen arabischen Ländern; Ende des militärischen und ökonomischen Krieges gegen den Irak; Entzug der westlichen Unterstützung für "gefügige" Satelliten-Regime wie Saudi-Arabien. Diese Ziele (nicht die Anschläge!) finden in der Bevölkerung der arabischen Länder weite Zustimmung, und sie sind berechtigt. Das

Problem ist, dass der militärisch-ökonomische Komplex des islamistischen Terrors sich diese, an sich schwer abweisbaren, Ziele zu eigen macht, um sein eigenes Süppchen darauf zu kochen. Er behauptet, dass diese Ziele nur durch ihn zu erreichen sind; dass sie nur mit seinen faschistischen Mitteln erreichbar sind; und dass sie nur zusammen mit einigen anderen Zielen erreichbar sind, die man ebenfalls als faschistisch bezeichnen muss: der Errichtung fundamentalistischer "Gottesstaaten" a la Taliban, der Vernichtung Israels, der totalen Allmacht der islamistischen religiösen und militärischen Führer. Die Mystifizierung der Anschläge verdeckt, dass die westlichen Regierungen keine Antwort auf dieses Problem haben; ja dass sie es auch gar nicht lösen wollen, weil sie mit dem Terror auch alle legitimen arabischen Ansprüche bekämpfen

möchten, die dem westlichen imperialen Anspruch zuwiderlaufen. Die Mystifizierung verdeckt, dass der sunnitische Fundamentalismus, Osama bin Laden und die Taliban vom Westen gezielt aufgebaut, finanziert und aufgerüstet wurden, im Rahmen der größten CIA-Aktion seit dem Zweiten Weltkrieg; zunächst um die Sowjetunion zu bekämpfen, später um in Ungnade gefallene Protegés durch andere Kräfte zu ersetzen. Und sie verdeckt auch, dass der Westen andere Versuche in der arabischen Region, Souveränität und reale Selbstbestimmung zu erlangen, konsequent zerstört hat oder ausbluten ließ.

"Bekommt Deutschland jetzt, nachdem es friedlich und zivil geworden ist und mit dem Ende des Kalten Krieges seine Einheit im internationalen Einvernehmen zurückerhalten hat, all das, was ihm Europa, ja die Welt, in zwei großen Kriegen erfolgreich verwehrt hat, nämlich eine Art 'sanfter Hegemonie' über Europa, Ergebnis seiner Größe, seiner wirtschaftlichen Stärke und seiner Lage und nicht mehr eines militärstrategischen Potenzials?" (Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen in einem Brief an seine Partei, zitiert nach Matthias Küntzel "Der Weg in den Krieg", Elefanten Press Berlin, 2000, zitiert nach: ARIC Berlin e.V.: Ein deutsches Alphabet

3. Die Politik des Westens: wie von Bin Laden bestellt

Was ist nun die aktuelle Politik des Westens gegenüber diesem Problem? Sie wirkt, als hätten Bin Laden und die anderen Exponenten islamistischer Terrororganisationen persönlich sie bestellt: Die USA stellen sich auf eine mindestens 10jährige massive Truppenpräsenz ein, im Prinzip sollen amerikanische Truppen für immer auf dem Boden arabischer Länder stationiert bleiben. Der Westen stützt fragwürdigste Regime mit politischen, ökonomischen und militärischen Geschenken, sofern sie nur an der Kriegs-Koalition teilnehmen; Menschenrechte spielen dabei keine Rolle. Die Einbeziehung des Irak als Ziel militärischer Operationen ist sehr wahrscheinlich, ein Ende des Embargo ist in weite Ferne gerückt. Mit der Aufrüstung der Nordallianz greift der Westen zum dritten Mal massiv in den afghanischen Bürgerkrieg ein, und er wird auch die Nordallianz fallen lassen, sobald sie Kritik an der westlichen Politik und an den westlichen Bomben übt. All dies ist Wasser auf die Mühlen des Terrors.

4. Genua hoch zehn

Entzivilisierung und Entdemokratisierung schreiten dabei auch im Westen selbst voran. Nach dem Willen der US-Regierung sollen bei der totalen Operation "Terrorbekämpfung" alle Trennungen zwischen Militär, Polizei, Geheimdiensten und ökonomischer Politik aufgehoben werden. Der umfassende, totale Krieg gegen unbotmäßige Länder, der so zur realen Drohung wird, benutzt die UNO nicht einmal mehr als Feigenblatt: Keine internationale Instanz wird die "Beweise" gegen Afghanistan auch nur zu Gesicht bekommen haben, bevor die USA angreifen. Der proklamierte 10-Jahres-Plan, der militärische, ökonomische und politische Interventionen umfassen soll und damit den Charakter einer autoritären Weltinnenpolitik hat, wird im Kreis von Kriegskabinetten verhandelt, eine Gruppe von vielleicht zwanzig Menschen weltweit entscheidet über die Ausrichtung der Weltpolitik der nächsten 10 Jahre. Die bisherige Anmaßung der G8-Treffen wird damit noch übertroffen. Was hier vorbereitet wird, ist Genua hoch zehn. Dazu passt auch, dass Notstandsgesetze nach innen vorbereitet werden, um Widerstand und Kritik durch totalitäre Kontrolle und Zensur zu ersticken: Die Abmahnungen von LehrerInnen in Sachsen, die es wagten die US-Politik zu kritisieren, geben einen ersten Vorgeschmack.

5. Die Dominanzkultur dreht durch

Der Westen hat durchaus ökonomische und geostrategische Interessen in Afghanistan. Es geht um das Pipeline-

Projekt von Baku zum arabischen Meer, es geht generell um die Sicherung des westlichen Zugriffs aufs Öl in der ganzen Region; es geht beim "Kampf gegen den Terror" auch um die "Sicherheit" weltweit agierenden Kapitals und seiner Repräsentanten und Angestellten. Dennoch ist das ökonomische und militärstrategische Kalkül in Bezug auf den jetzigen Krieg widersprüchlich und keineswegs klar, und unter der Hand auch umstritten. Dagegen ist seit langem keine militärische

Operation so stark von den Bedürfnissen patriarchaler Dominanzkultur geprägt gewesen, und zwar auf beiden Seiten: der phallische Charakter des Anschlagsziels vom 11. September kommt nicht von ungefähr. Das Vorgehen der USA ist geprägt von der Panik vor Kontrollverlust. Mehr als alles andere geht es um die Illusion, "das Heft wieder in der Hand zu haben": "the conflict, begun on the timing and terms of others, will end in a way, and at an hour, of our choosing" (Bush). Es geht um die Unvorstellbarkeit, selbst Opfer zu sein, die jetzt militärisch ausgeradiert werden soll. Die patriarchale Dominanzkultur der

Gegenseite funktioniert anders; sie drückt sich aus in der Rechtfertigung der Massaker als Gebot der Ehre, als Wiederherstellung gekränkter männlicher Identität, und in der wegwerfenden Geringschätzung des eigenen Lebens (ebenso wie des Lebens "zufällig Betroffener"). Es ist eine innerpatriarchale Konstellation, die von klassischen Frontstellungen wie Kolonisor/Kolonisierter, hegemoniale/marginalisierte Männlichkeit usw. durchzogen ist. Das Drama ist, dass jedes rationale Interesse, das Leben eigener Bevölkerungen zu schützen, Gefahren abzuwenden, und Verbrechen gegen andere Bevölkerungen zu vermeiden, dabei vollständig unter die Räder kommt. Jede weitere Runde von Terroranschlägen, Bombardements, neuen Terroranschlägen, neuen Bombardements wird diesen Wahnsinn weiter nähren, der seine KritikerInnen als "Weicheier" beiseite schiebt. An genau diesem Punkt hat Wickert Recht, dass die Logik auf beiden Seiten dieselbe ist. Und es ist auf beiden Seiten ein guter Job, Mullah zu sein - sprich, zu denen zu gehören, deren Position immer besser und deren Handlungsspielräume immer größer werden, je weiter die Gewaltspirale sich dreht, und je mehr Opfer sie kostet.

6. Neue Weltordnung II: Schnäppchenmarkt für Zyniker

Im Zuge der "internationalen Koalition gegen den Terror" werden derzeit Verhandlungen geführt, die weit über den Krieg gegen Afghanistan hinausgehen und einige wesentliche Konkretisierungen und Veränderungen der nach 1989 proklamierten "Neuen Weltordnung" zum Gegenstand haben. Jenseits aller noch halbwegs legitimierten internationalen Organe und ohne jede Beteiligung der Bevölkerungen ist hier

In der Fernsehshow "60 Minuten" am 12. Mai 1996 fragte Lesley Stahl US-Außenministerin Madeleine Albright "Wir haben gehört, dass eine halbe Million Kinder gestorben sind (wegen der Sanktionen gegen den Irak). Ich meine, das sind mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und - sagen Sie, ist es den Preis wert?" Albright "Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis - wir glauben, es ist den Preis wert." (jW Nr. 228 v. 29./30. Sep. 2001)

ein wilder Schnäppchenmarkt für Zyniker aller Couleur entstanden. Die USA haben unverhohlen erklärt, die "new benchmark" (Powell), d.h. der Maßstab für die Politik der USA gegenüber anderen Staaten, sei ausschließlich deren Unterstützung für den US-Krieg gegen Afghanistan und alle weiteren Maßnahmen in diesem Zusammenhang. Die Regierungen der Staaten, die an der Koalition teilnehmen, möchten sich dies umgekehrt in verschiedenster Weise bezahlen lassen. Pakistan braucht Geld; Indien möchte Zustimmung für seine Kashmir-Politik; Russland will Freispruch für seinen eigenen Staatsterror in Tschetschenien; die Liste ist lang. Auch wenn sich in der Koalition eine gewisse imperiale Überspannung der USA ausdrückt und die Notwendigkeit, an der Illusion völlig unbeschränkter nationalstaatlicher Handlungsfreiheit Korrekturen vorzunehmen, so ist von dieser Art Kuhhandel zwischen Regimen nur eine weitere Verschärfung der menschenverachtenden und autoritären Züge der aktuellen Weltordnung zu erwarten. Auch die deutsche Regierung will in diesem Sommerschlussverkauf nicht zurückstehen. Im Gegenzug für bedingungslose Unterstützung der Militäroperationen der USA, soll wieder einmal eine deutsche "Normalisierung" durchgesetzt werden: die vollständige, offene Rückkehr zur Großmachtspolitik, die Möglichkeit selbst wieder kriegsführende Macht zu sein, die Stärkung internationalen Einflusses (Sitz im Weltsicherheitsrat usw.). Das ist gemeint, wenn Schröder die "Nachkriegszeit" für beendet erklären will. All dies ist an Verantwortungslosigkeit kaum zu überbieten. Fremde Opfer zählen ebenso wenig, wie Risiken für die eigene Bevölkerung; Fragen von Rechtmäßigkeit und Sinn des derzeitigen Krieges geraten völlig in den Hintergrund: der Afghanistan-Krieg wird zum Medium einer Neuaushandlung dessen, wer in einem zeitgemäßen Imperialismus welche Rolle spielen darf und kann.

7. Was tun?

In diesem Krieg gibt es keine Seite des Guten; und es gibt keine wünschenswerte Tendenz, die von den Anschlägen des 11. September hervorgerufen würde, auch nicht indirekt. Beides kann nicht überraschen. In den Diskussionen um einen neuen Internationalismus ist immer wieder betont worden, dass es nicht funktioniert, sich auf eine Seite des Guten schlagen zu wollen, und dass es keinen inneren Automatismus gibt, der aus den Widersprüchen wie durch Geisterhand in eine bessere Zukunft führt. Was ist daher jetzt zu tun?

a) Den Widerstand gegen den westlichen Angriffskrieg stärken

Trotz der Beteuerungen ist die allgemeine Stimmung bislang nicht übermäßig positiv für den Krieg. Vielen ist klar, dass die Gegenschläge von heute die Selbstmordattentate von morgen sind. Viele sind schockiert, wie leichtfertig von den Regierungen weiterhin Gefahren für uns selbst in Kauf genommen werden. Viele erinnern sich auch daran, dass alle Beweise des Westens für den jugoslawischen "Hufeisenplan" sich später als Propaganda-Lüge herausstellten; oder dass die Bombardements 1998 im Sudan nachweislich zivile Ziele zerstörten. Viele können sich jetzt nicht nur besser vorstellen, was es bedeutet, in Israel zu leben, sondern sie fragen auch, ob das die richtige Perspektive für die gesamte westliche Welt ist. Es gibt viele Zugänge zu der richtigen Entscheidung, aktiv gegen

den Krieg vorzugehen. Wir sollten sie nicht auf den üblichen linken Nebenschauplätzen (Stichwort Antiamerikanismus) zerrreden.

b) Für eine Revision der weltweiten Interventionspolitik

Die heutige Situation ist wesentlich auch ein Ergebnis der Politik, die seit 1990 als Neue Weltordnung definiert und militärisch abgesichert wird. Auch die Bundeswehr hat in den Verteidigungspolitischen Richtlinien 1991 erklärt, es gehe nicht mehr um Landesverteidigung, sondern um die Sicherung "unseres" Zugriffs auf Rohstoffe und um die weltweite Verteidigung "unserer" Interessen mit den Mitteln des Krieges. Der ökonomische und militärische Neokolonialismus beinhaltet tödliche Risiken für uns selbst. Die Alternative liegt in einer kooperativen Weltordnung, nicht in einer noch weiteren Aufrüstung.

c) Für eine Anerkennung berechtigter Ansprüche

Eine internationalistische Gegenbewegung wird sich auch dazu durchringen müssen, den arabischen Anspruch auf Selbstbestimmung und Souveränität, auf Abzug westlichen Militärs und Ende der Interventionspolitik, anzuerkennen und zu unterstützen, wenn dieser Anspruch nicht weiterhin von Fundamentalisten und Terrororganisationen ausgebeutet werden soll. Der einzige Gegenanspruch, mit dem dies verknüpft werden kann und muss, ist in diesem Fall die Anerkennung des Existenzrechts und legitimer Sicherheitsbedürfnisse Israels.

d) Für eine kooperative Weltordnung von unten

Eine internationalistische Gegenbewegung hierzulande wird ferner den Dialog mit oppositionellen und kritischen Gruppen in arabischen Ländern (und im Exil) suchen müssen, auch in Israel und Palästina, um herauszufinden, was darüber hinaus Umrisse einer kooperativen Politik sein können. Sie wird diese Politik letztlich gegen den Widerstand der politischen Eliten des Westens durchsetzen müssen (so wie andere das in ihren Ländern tun müssen). Im Moment ist von großer Bedeutung, kritische Stellungnahmen zur Logik des Krieges zu übersetzen und zugänglich zu machen (Beispiel RAWA), sowie klarzumachen, dass es unabhängige und kritische Gruppen und Bewegungen auch in arabischen Ländern gibt, und was sie wollen. Es gilt ferner zu unterstreichen, dass eine akzeptierte, offene Einwanderungsgesellschaft in politischer, religiöser und Herkunfts-Pluralität, die beste Chance ist, für eine Politik internationaler Kooperation verständnis- und handlungsfähig zu werden. Auch ein Weg, wie er hier skizziert ist, enthält Risiken und Gefahren. Auch er ist langfristig, schwierig, nicht unbedingt sofort erfolgreich. Aber es ist der einzige, den man gehen kann, wenn einem das Leben (das eigene und das Anderer) wichtiger ist als Herrschaft und Dominanz. Und es wird ihn niemand gehen, wenn nicht wir.

Christoph Spehr ist Autor des Buches "Die Aliens sind unter uns! Herrschaft und Befreiung im demokratischen Zeitalter"; der Text ist von Mitte Oktober.



Stoppt den Krieg gegen Afghanistan

Am 12. Oktober 2001 machte das Autonome Frauenhaus Celle einen Informationsstand in der Innenstadt: gegen den Krieg in Afghanistan. Die Resonanz war erstaunlich gut; locker wurden 400 Flugblätter verteilt - mehr waren nicht da; es gab viele ausgesprochen positive Äußerungen: "endlich macht mal jemand was". Pöbeleien und offene Kriegshetze gab es eigentlich nur von Männern: 'Alles in Schutt und Asche legen; Bombe drauf; dann ist Ruhe'.

Am 07. Oktober 2001 begann die US-Amerikanische Armee, in Zusammenarbeit mit Großbritannien, Afghanistan zu bombardieren.

Dieser Krieg wird weder mehr Sicherheit noch Frieden schaffen.

Er verursachte jedoch schon vor Beginn millionenfaches Flüchtlingselend und wachsende Unsicherheit für die Zivilbevölkerung. Der minimale Abwurf von Lebensmitteln wird das Elend der Menschen dort nicht mindern, sondern dient ausschließlich der Rechtfertigung der Angriffe in der westlichen Öffentlichkeit.

In Afghanistan geht es nicht um die Selbstverteidigung der USA. Unter vorsätzlicher Missachtung des Völkerrechts werden Menschen bombardiert und getötet, ohne die Chance sich vor einem Gericht verteidigen zu können. Dahinter stehen starke wirtschaftliche und geopolitische Interessen im Wettlauf um die Ressourcen der kaukasischen und zentralasiatischen Region. Anstatt hiergegen zu intervenieren, können es die deutschen RegierungspolitikerInnen kaum erwarten, aktiv "mitzumischen", was nach der Feststellung des sogenannten Bündnisfalls durch die NATO Staaten ermöglicht wurde. Langfristig kann Terrorismus nur durch Maßnahmen bekämpft werden, die mehr Gerechtigkeit schaffen, Armut bekämpfen und Menschenrechten Geltung verleihen. Der wirtschaftlichen und politischen Krise in Afghanistan kann in Zusammenarbeit der Vereinten Nationen und noch existierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere unabhängiger Frauenverbände im koordinierten Wiederaufbau des Landes entgegengewirkt werden.

Wir verurteilen die zunehmende Einschränkung

Anzeige:



Kriegsdienstverweigerung
Beratung im Bunten Haus
Jeden Donnerstag 17 – 19 Uhr

demokratischer Grundrechte (durch erweiterte Rasterfahndung, verschärfte Personenkontrollen, Bespitzelung). Wir sind gegen die Aufrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee und der Beteiligung an militärischen Einsätzen.

Der geschürten Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung anderer Religionen und Kulturen durch deutsche PolitikerInnen muss entschieden widersprochen werden.

Für ein friedliches und soziales Zusammenleben aller Kulturen!

Gegen jeden Krieg!

Autonomes Frauenhaus Celle e.V.



Anzeige:

Massivholzmöbel
Regalsysteme
Orthopäd. Matratzen
Handgewebe Stoffe
Naturfarben



© TB-Grafik WA



Massivholz-Bett Nr. 842
in allen Größen
– geölt u. gewachst
– farbig lasiert
– lackiert

Reichhaltiges Zubehör, viele Varianten möglich.
Prospekt anfordern!

Celle · ☎ 05141-31247 · Fax 33769
Mo.-Fr. 10.00-13.00 + 15.00-18.00 · Sa. 10.00-12.30
Mi. nachmittags geschlossen
Am Wasserturm 35h
29223 Celle

Abschiebungen abschaffen! Abschiebeknäste schließen!

Überregionale Demo in Hannover am 8. Dezember 2001!

Nach dem Anschlag in New York findet in Deutschland ein Ideenwettbewerb statt, wie das Asyl- und Ausländerrecht verschärft werden kann, jeder noch so verstaubte Vorschlag wird wieder aus der Schublade geholt. Datenzugriff der Polizei, Fingerabdruck im Pass, Verschärfung des Ausländerrechts, bundesweite Rasterfahndung, Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Zuwanderer, der Sicherheitswahn kennt keine Grenzen. Flüchtlinge, wie diejenigen, die vor den Taliban sowie den Bombardierungen der USA und seiner Verbündeten aus Afghanistan flüchten, müssen damit rechnen in Deutschland ins Gefängnis gesperrt zu werden.

Abschiebeknäste und andere Formen der Unterdrückung

Abschiebeknäste bilden die Endstation einer rassistischen Politik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen. Sie stellen sicher, dass Menschen die aus Angst und Not in die BRD geflohen sind, gegen ihren Willen in Elend, Folter und Tod abgeschoben werden. Neben den Abschiebeknästen gibt es noch eine Reihe weiterer rassistischer Sondergesetze. So fallen beispielsweise Menschen im Asylverfahren unter das Asylbewerberleistungsgesetz. Es besagt, dass Flüchtlinge nur 80% des Sozialhilfesatzes erhalten, größten Teils in Form von Wertgutscheinen anstelle von Bargeld, mit denen sie nur in bestimmten Läden zu bestimmten Konditionen einkaufen können. Andere Flüchtlinge bekommen nur noch zusammengestellte Lebensmittelpakete, bei denen keine Rücksicht auf Ernährungsgewohnheiten genommen wird. Eine Behandlung von chronischen Krankheiten schließt das Asylbewerberleistungsgesetz aus.

Eine weitere Schikane bildet die sogenannte "Residenzpflicht". Hiernach ist es Flüchtlingen nur gestattet, sich in dem Landkreis der Flüchtlingsunterkunft frei zu bewegen. Eine Sondergenehmigung zum Verlassen des Landkreises ist immer von der Willkür der entsprechenden Ausländerbehörde abhängig. Ein anderes Beispiel für den alltäglichen Rassismus sind die "verdachtsunabhängigen" Kontrollen durch BGS und Polizei, mit denen MigrantInnen anhand ihrer Hautfarbe aussortiert und kriminalisiert werden. Eine weitere Verschärfung bedeutet die Einführung des sogenannten "Projektes X". Um die Mithilfe der Flüchtlinge bei der Beschaffung von Pässen zu erzwingen, damit sie letztlich abgeschoben werden können, werden sie unter repressivsten Bedingungen bei minimaler Grundversorgung in speziellen Lagern untergebracht. Einziges Kriterium für Flüchtlinge und MigrantInnen diesen Sonderbehandlungen zu entgehen, ist die Verwertbarkeit für die kapitalistische Gesellschaft.

Warum in Hannover demonstrieren?

Seit Mai 2000 betreibt das Land Niedersachsen in Hannover/Langenhagen ein zentrales Abschiebegefängnis für Flüchtlinge und MigrantInnen. Das Land will damit sicher stellen, dass auch wirklich der Zugriff auf all diejenigen Nicht-Deutschen, die deportiert werden sollen, garantiert ist. Dazu

wurden drei Gebäude eines ehemaligen Kasernengeländes direkt am Flughafen Langenhagen für 17,2 Millionen Mark zu einem Knast umgebaut, in den 143 Männer und 42 Frauen, im Sonderfall bis zu 245 Menschen eingesperrt werden. Ausgestattet mit elektronisch gesicherten Stahlzäunen, Stacheldraht, Kameras, Alarmanlagen und Sicherheitsschleusen unterscheidet sich dieses Gefängnis nicht von einer Justizvollzugsanstalt.

Die Bedeutung von Abschiebehaft innerhalb der Abschiebemaschinerie wird klar, wenn mensch sich vor Augen führt, dass es 1999 aus Niedersachsen 2604 Abschiebungen gab, von denen 1425 aus der Abschiebehaft heraus durchgeführt wurden. MigrantInnen können ohne Grund bis zu 18 Monate eingesperrt werden. Das Schicksal der dahinter stehenden Menschen beeindruckt die Behörden dabei nicht; weder ob die Deportierten Folter, Gefängnis oder gar Tod erwartet, noch ob sie in Krisengebiete abgeschoben werden.

Dies führte am 8. Dezember letzten Jahres dazu, dass sich der 17jährige tamilische Flüchtling Arumugasamy Subramaniam im Abschiebegefängnis Langenhagen erhängte. Er sollte drei Tage später nach Sri Lanka abgeschoben werden. Damit gehört er zu den über 40 Menschen, die sich nach Angaben von Pro Asyl seit 1993 in Abschiebehaft das Leben nahmen, von den Hunderten Suizid-Versuchen ganz zu schweigen.

Wir nehmen den Todestag von Arumugasamy Subramaniam zum Anlass, eine Demonstration mit der Forderung nach Abschaffung von Abschiebehaft und der Schließung aller Abschiebegefängnisse durchzuführen. Nicht zuletzt wollen wir den Inhaftierten zeigen, dass sie nicht allein sind.

Schließung aller Abschiebeknäste! Abschiebungen abschaffen! Abschaffung aller Sondergesetze! - Gleiche Rechte für alle! Kein Mensch ist illegal! Alle sollen dort leben können, wo sie es für richtig halten!

Samstag 8.12.2001:

11 Uhr Auftakt am Flughafen Hannover - Langenhagen

12 Uhr Kundgebung am Abschiebeknast

Anschließend Aktion am Flughafen

Kooperative Flüchtlingssolidarität Hannover

Zur Bettfedernfabrik 3 30451 Hannover

Tel.: 0511-447260 (AB)



Pressemitteilung der Antifaschistischen Infogruppe Celle Junge Union hofiert Neonazi

Mit äußerster Schärfe verurteilen wir das Hofieren von organisierten Neonazis durch die Junge Union Lachendorf-Eschede und die Schüler-Union Celle-Gifhorn. Die beiden CDU-Nachwuchsgruppierungen hatten für den letzten Freitag den 19.10.2001 zu einer Diskussionsveranstaltung in Eschede den Neonazi Joachim Nathz als Referenten geladen. Ausgerechnet dieser sollte erläuterten, in wie weit Rechtsradikale bereits in Eschede Fuß gefasst hätten.

Nathz ist in Eschede seit längerem als Rechtsextremist bekannt. Erst vor kurzem meldete er für den 28. Juli 2001 einen Informationsstand für die Jungen Nationaldemokraten (JN) in Eschede an. Als dieser von der Gemeinde und dem Verwaltungsgericht Lüneburg untersagt wurde, beließ es die Jugendorganisation

der Nationaldemokratischen Partei (NPD), gegen die zur Zeit ein Verbotsantrag läuft, bei einer Flugblatt-Aktion und anschließender kleiner Feier auf dem Grundstück des Landwirtes Nathz. Doch das war nicht die erste Zusammenkunft bei dem Escheder Rechtsextremisten. Im Juni letzten Jahres fand dort ein "Sommerfest mit Sonnenwende der niedersächsischen NPD" statt. Dieses Treffen mit über zweihundert Teilnehmern aus ganz Norddeutschland dokumentiert laut niedersächsischem Verfassungsschutzbericht 2000 die Öffnung der NPD für neonazistische Kameradschaften. So nahmen an dem Treffen auch einschlägig vorbestrafte Mitglieder der gewaltbereiten Celler "Kameradschaft 73" teil. Als im Dezember 2000 die JN auf den Hof Nathz in Eschede eine "Stützpunktgründung" mit anschließender "Wintersonnenwendfeier" stattfinden sollte, wurde dieses Treffen von der Celler Polizei aufgelöst. Aber auch früher kam es auf dem Gelände schon zu rechtsextremen Zusammenkünften. So geht aus parlamentarischen Anfragen im Bundestag und im niedersächsischen Landtag hervor, dass auf dem Gelände im Jahre 1992 eine Wehrsportübung der mittlerweile verbotenen Nationalen Liste aus Hamburg mit 30 Personen stattfand. Drei Tage lang wurde sich dort auf militärische Auseinandersetzungen im Sinne rechtsextremer Anschauungen vorbereitet. Bei einer daraufhin durchgeführten Hausdurchsuchung in Eschede wurden Waffen, SS-Liedgut und eine Reichskriegsfahne gefunden.

Dies ist alles nicht neu und war auch der Jungen Union bestens bekannt. Ebenso dürfte bekannt sein, dass sich die örtliche NPD immer aktiv bei den sogenannten "Hetendorfer

Tagungswochen" in dem mittlerweile verbotenen neonazischen Schulungszentrum in Hetendorf unweit von Eschede eingebracht hat. An der "7. Hetendorfer Tagungswoche" im Jahre 1997 nahmen allein aus Eschede zehn junge Rechtsextremisten teil und ließen sich dort politisch indoktrinieren und aufhetzen. Trauriger Höhepunkt der rechten Umtriebe war die Tötung von Peter Deutschmann am 09.08.1999 durch Escheder Neonazis. Der Haupttäter war laut niedersächsischem Verfassungsschutzbericht 1999 Teilnehmer der siebten Hetendorfer Tagungswoche.

Nachdem dies nun alles der Öffentlichkeit bekannt wurde und Eschede zunehmend negativ in die überregionalen Schlagzeilen rutsche, verfaßten die Parteien und Verwaltung der Samtgemeinde einen offenen Brief an den Besitzer des Grundstückes und forderten diesen auf, weitere Treffen von Neonazis nicht zuzulassen.

Um so unverständlicher ist nun die Einladung des bekennenden Rechtsextremisten von der Jungen Union. Wehrsportübungen, Waffenfunde, verfassungswidrige und verbotene Gruppierungen, politische Indoktrination, gewaltbereite, neonazistische Kameradschaften und politisch motivierter Totschlag, alles keine Gründe für die Junge Union sich zu distanzieren.

Wir verurteilen dieses Vorgehen auf Schärfste und werten dies als einen unglaublichen politischen Skandal, der nicht ohne Konsequenzen bleiben darf.



Anzeige:

Puppen mal nicht als Kinderkram

Ausstellungen im Celler Kunst-/Boman-Museum

Zwei Ausstellungen im Celler Museum verdienen zur Zeit Beachtung: Hildegard Wegner (geb. 1927) stellt Einzelpuppen und Figurengruppen aus, die durch ihre bezwingende Ausstrahlung BetrachterInnen in den Bann zu schlagen vermögen; die -leider in keiner Weise kommentierten- Arbeiten müssen die Geschichte der und hinter den Puppen allein erzählen - Geschichten aus dem Schatten. Du wirst gezwungen, den Personen in die Augen zu sehen und liest die Melancholie, ja Trauer darin; erfährst womöglich den Schrecken der Geschichte

Peter Basseler (Jahrg. 1947) hat schon einen gewissen Namen in der Kunstszene; in seinen Kästen sind Bühnenbildartig teils skurrile, teils humorige Szenen dargestellt und von ihm selbst noch hintersinnig kommentiert ("befindet sich der Betrachter auf der

Höhe des Sprungtuches, nimmt er die Position des Vogelmenschen auf der Kirchturmspitze ein"). Mein Liebling: 'Der Tag davor = der Tag danach' - wir sehen eine (französische?) Eckkneipe, die von einem riesigen Kohlenhaufen bedroht wird; drinnen putzt der Wirt die Tische; an der Garderobe hängt ein einziger Mantel - wem gehört der? - oder sehen wir gerade das Ende der Welt?

Vor diesen Kästen bleiben kindgebliebene Erwachsene gerne stehen und entdecken immer Neues; auch in sich selbst.

H.Wegener "Schatten ohne Licht" bis 18.11.

P. Basseler 'Gesamtwerk' bis 15.12.

Di-So 10 - 17 Uhr Eintritt 4,-/2,-

Buchbesprechungen

Leseempfehlung:

How to be good

Das ist gewagt! Nick Hornby hatte nach den beiden Publikumserfolgen High Fidelity und Fever Pitch schon einen Ruf zu verlieren (wenige Fans nahmen eigentlich Notiz von About a Boy, der dritten Erzählung des jungen britischen Autors, mit der er sich auf das Gebiet der "seriösen Erzählung" begab) - und nun kommt der Versuch eines ernsthaften Romans: "How to be good" - die Story einer kapp vierzigjährigen Ärztin, Mutter, Ehefrau und bekennendes Mitglied der gegenwärtigen liberalen Mittelschicht von Blairs England.

Und eigentlich ist Katies Leben auch ganz in Ordnung: die Kinder sind ganz ok; sie werden hauptsächlich vom Gatten (David) betreut, der nebenbei böse Kolumnen zum Amusement der politisch correcten Leserschaft liberaler Blätter verfaßt; ihr Beruf ist eher an- als ausfüllend ("ich helfe Leuten, gesund zu werden, also bin ich doch ein guter Mensch...")...

Doch mit einem Male stimmt gar nichts mehr: es liegt nicht an dem banalen "Seitensprung", der Katie eher unterläuft, als dass es eine prickelnde Erfahrung wäre; auch nicht daran, dass Gatte David unvermittelt sozialromantisch austickt, und mithilfe eines etwas abgedrehten Geistheilers in der eigenen Strasse beginnen will, die ganze Welt zu retten...

Es gelingt Hornby, uns eine Frau vorzustellen, die sich - glaubhaft - in die Notwendigkeit geworfen sieht, ihr ganzes Leben noch mal neu zu bewerten. Und das wird mit einem Male ungeheuer spannend. Denn plötzlich liegt etwas vor uns, das irgendwie alle angeht, obwohl es in ganz individueller Gestalt daherkommt; ja, dies Buch hat was mit Dir zu tun. Katies Antworten können keine Antworten für Dich sein; - aber wie Fragen zu

stellen sind, das wird am lebendigen Objekt vorgeführt; wohlge-merkt: nicht welche Fragen, - aber, dass Fragen gestellt sein wollen und dass sie nie aufhören, wenn Du Dich einmal entschlossen hast, genauer auf Dich zu sehen, das überzeugt.

Und - seltsam: die Hornby-Fans von einst werden auch nicht enttäuscht: Die Geschichte beginnt gewissermaßen im reduzierten Drehzahlbereich doch bald steigert sich der Autor zu seinem bekannten typisch-britischen Erzählstil.

- ich habe (ich!) auf jeder zweiten Seite einen Lacher gehabt: empfehlenswert!

Lese-Warnungen:

Hände weg von...

...Huellebecque (H. ist ein sogenannter Kultautor; sein 'Elementarteilchen' vom letzten Jahr hat sich wie blöde verkauft; -etwas für möchtegern-linke IntelligenzlerInnen; aber der Typ ist leider ein ausgemachter, zynischer Unsympath. Solcher Leute Bücher darf mensch nicht zur Hand nehmen!)

..."Liegen lernen" - liegen lassen! (R.Gossems ist ein Lieber; von Berufs wegen eigentlich Kabarettist, hat er ein Buch über Menschen seiner -nach 68er- Generation geschrieben; das ist ihm leider mißlungen).

...Herr Lehmann - lieber hören! (Sv. Regener ist genauso ergangen; er sollte lieber beim Singen und Texten bleiben; - hört lieber die Songs seiner Band "Element of Crime").

GEPUNKT

("Die Aliens sind unter uns" von Chr. Spehr)

Eindringlingsalarm

Es ist noch gar nicht so lange her, da war Alles auf den Jahrtausendwechsel ganz furchtbar dolle gespannt: wie wird das werden, mit dem Compi? fällt im reichen Westen gar der Strom aus oder die Salatteliten vom Himmel? - Zeitenwende eben.

Vielen ist entgangen, dass zu der Zeit auch ein ganz besonderes Jahrhundert zu Ende ging oder besser gegangen war; genauer gesagt ein Doppeljahrhundert, - eines der bedeutenderen der Weltgeschichte: 1789 - 1989.

Ja, nur zweihundert Jahre trennen die französische Revolution vom Zerfall des "Ostblocks". Für und in diesem - historisch gesehen kurzen - Augenblick hat sich der Westen von der Entwicklung der übrigen Welt abgekoppelt; sich in einen völlig anderen Quadranten gebeamt 'Warum ist eigentlich diese Gesellschaft so (seltsam) wie sie ist?' - diese Frage stellt der Bremer Sozialwissenschaftler Christoph Spehr; und er beginnt seine Untersuchung in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts; - der Faschismus ist (scheinbar) überwunden, kolonialisierte Länder mehr oder weniger in die Freiheit entlassen, der Staatssozialismus ist gescheitert und der Kapitalismus sozialdemokratisiert.

Merkwürdig nur, dass die Gegenwart so wenig nach Freiheit schmeckt.

Spehrs These: es sind fremde Wesen unter uns; nicht einfach zu erkennen, denn sie ähneln den Menschen. Aber sie machen, dass alles immer effizienter, beschleunigter globalisierter und flexibilisierter abläuft. Sie, die Aliens, sorgen dafür, dass den Leuten die Lebensfreude abhanden kommt, und ihr einziges Ziel: die eigene Herrschaft ausbauen, die Menschen stetig weiter zu vereinzeln und in sinnentleerte Abhängigkeiten zu binden.

So flapsig diese Herangehensweise auf den ersten Blick erscheinen mag, Spehrs Buch ist eine unterhaltsame und sachkundig machende Lektüre, mit so einigen highlights (etwa wenn knapp und einprägsam eine Gegenüberstellung der Begriffe Macht und Herrschaft gelingt).

Schwer vorzustellen, dass wer dies Buch aus der Hand legt und sich nicht weiter fragt, was das alles mit ihm/ihr zu tun haben mag. Lesen und weiterempfehlen. GEPUNKT

Anzeige



BÜCHERHAUS
Buchfink



Bücher & Musikalien GmbH

„Literatur für bewegliche Köpfe!“ (Erich Kästner)

Am Heiligen Kreuz 26 · 29221 Celle · Tel. 74 08 37 + 21 74 20 · Fax 74 07 37 + 2 45 24
www.Buchfink-Celle.de

Das Letzte:

Geplante EU-"Anti-Terror-Konvention" gefährdet Bürgerrechte

Zur Beratung der EU-Justizminister über eine neue Anti-Terror-Konvention und eine damit verbundene neue Definition von "Terrorismus" erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke im Oktober:

Die Justizminister der EU beraten derzeit über eine neue Definition von Terrorismus für eine ebenfalls neue "Anti-Terror-Konvention" der EU. Die darin vorgesehene Definition von Terror, die auch ein Thema auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am kommenden Freitag sein wird, ist extrem weitreichend und eine Gefahr für die Bürgerrechte.

So soll jede "Inbesitznahme ... von öffentlichen Einrichtungen, öffentlichen Verkehrsmitteln, der Infrastruktur, allgemein zugänglichen Orten und Eigentum", die mit dem Ziel erfolgt, "die politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Strukturen eines Landes ... ernsthaft zu schädigen", jede "Manipulation eines Informationssystems" (Viren, Würmer?) und sogar jede Drohung mit solchen Taten künftig als "Terrorismus" verfolgt werden.

Bei dieser Neu-Definition von Terrorismus geht es offensichtlich nicht um den Kampf gegen Bin Laden oder die Attentäter von New York und Washington. Diese greifen bekanntlich weder zur Strassenblockade noch zu anderen öffentlichen Protestformen, schon garnicht bei der Vorbereitung ihrer Attentate. Hier soll vielmehr die Bedrohung durch den Terrorismus missbraucht werden, damit Innenminister und Polizei in Zukunft gegen missliebige innerstaatliche Opposition mit brachialer Gewalt vorgehen können. Eine solche "Anti-Terror-Konvention" wäre kein Erfolg gegen den Terrorismus, sonder ein schwerer Rückschlag für Demokratie und Menschenrechte in Europa.

Aus: Antifaschistische Nachrichten Nr. 22 vom 25.10.2001

Parole:

niemals aufgeben!!!



Freitag, 2.11. 20.30 Uhr
Das Kino achteinhalb zeigt
"Grüne Wüste"

Eine Kindheit in Franken: Der geheimnisvolle Wald, genannt grüne Wüste, ist Zuflucht für Katja und Johann, beide 14 Jahre alt. Hier leben sie ihre Träume und Phantasien aus. Nur die Welt der Realität sieht ungleich düster aus: Johann erkrankt an Leukämie.

Eintritt: 8.50 DM

Freitag, 9.11. 20.30 & 23.00 Uhr
Das Kino achteinhalb zeigt
"Sein oder Nichtsein" - USA 1942

Eine handvoll exzentrischer polnisch-jüdischer Theaterschauspieler in Warschau mimen Nazis, um sich vor selbigen zu retten und wachsen angesichts der Waghalsigkeit und des Aberwitzes ihres Unternehmens, bei dem Bühne und Wirklichkeit langsam verschwimmen, über sich hinaus.

Eintritt: 8.50 DM

Freitag, 9.11. 10.00 & 11.30 Uhr
"Machtprobe" - Theaterstück über Macht, Machtmissbrauch und Ohnmacht - CD-Kaserne

Freitag, 9.11. 14 Uhr
Kofferaktion in der Celler Innenstadt - die Aktion soll den Leidensweg der verhafteten und ermordeten jüdischen BürgerInnen in Erinnerung bringen. Der Weg beginnt an deren damaligen Häusern und Geschäften und endet am symbolischen "Sammelplatz" Stechbahn

Freitag, 9.11. 19 Uhr

Kabarett und Musik in der CD-Kaserne - mit Wolf Maahn, Die Weber, Mario Buletta und Frejlauchs
Eintritt: 23 DM

Sonntag, 4.11. 14 Uhr

Sowjetische Kriegsgefangene in Bergen Belsen - Eine Führung durch das Dokumentationszentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers

Freitag, 16.11. 20.30 Uhr
Das Kino achteinhalb zeigt
"Cookie's Fortune" - USA 1998

Schauplatz der Geschichte ist das verschlafene Städtchen Holly Springs am Mississippi. Plötzlich sorgt der Tod einer alten Lady für ziemlichen Trubel, denn alle rätseln: War es Mord oder Selbstmord? Eine wichtige Rolle spielen dabei die beiden Nichten der Toten, dargestellt von Glenn Close und Julianne Moore. Eine unterhaltsame Satire auf die

Südstaatengesellschaft.
Eintritt: 8.50 DM

Sonntag, 18.11. 11 Uhr
Erinnerungen an das KZ Bergen Belsen
Gottfried Weiss (Hamburg) berichtet aus seiner Lebensgeschichte

Freitag, 23.11. 20.30 Uhr
Das Kino achteinhalb zeigt
"Manhattan" - USA 1979

Manhattan ist Woody Allans Liebeserklärung an New York.
Eintritt: 8.50 DM

Samstag, 24.11. 11 Uhr
Polnische Häftlinge im KZ Bergen Belsen - Eine Führung mit Wilfried Wiedemann durch das Doku-Zentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers

Freitag, 30.11. 20.30 Uhr
Das Kino achteinhalb zeigt
"Brassed off" - GB 1996 Um ein Blasorchester, eine Zechenschließung und ein Dorf im englischen Yorkshire geht es in diesem Film. Dem Regisseur Herman gelingt eine absolut authentische Atmosphäre und so trifft die realistische Tragikomödie mitten ins Herz. Etwaige Abscheu vor der Blasmusik schmilzt garantiert dahin.
Eintritt: 8.50 DM

Freitag, 7.12. 20.30 Uhr
Das Kino achteinhalb zeigt
"The Nightmare before Christmas"
USA 1993

Tim Burtons einzigartiger Animationsfilm!
Eintritt: 8.50 DM

Samstag, 8.12. 14 Uhr
Geschichte und Gegenwart: Möglichkeiten historischen Lernens in der Gedenkstätte Bergen Belsen - Rundgang und Gespräch mit J. Krizsan

Freitag, 14.12. 20.30 Uhr
"Das Leben ist ein Chanson"
Frankreich 1997 - augenzwinkernder Beziehungsfrust und Lebenslust. Original mit Untertiteln
Eintritt: 8.50 DM

Freitag, 21.12. 20.30 Uhr
"Blume der Hausfrau" - Die jungen Staubsaugervertreter, um die es in diesem Film geht, schmeißen sich in Gaunerposen, die Quentin Tarantinos 'Reservoir Dogs' entlehnt sind.
Eintritt: 8.50 DM

Freitag, 28.12. 20.30 Uhr
"Tiger & Dragon" - USA 2000

Ang Lee entführt uns in die mystische Welt der Martial-Arts-Helden.
Eintritt: 8.50 DM

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi 20 Uhr im Weltladen
(An der Stadtkirche 10)
Weltladen Öffnungszeiten:
Di+Mi: 10-17 Uhr
Do: 15-17 Uhr
Fr: 9.30-12.30 u. 15-17 Uhr
Forum gegen Rechtsextremismus
und Gewalt jeden 1. Mittwoch im
Monat 19 Uhr c/o. DGB Celle
Trift 21 29221 Celle

**Termine im Bunten Haus
(CD-Kaserne hinten links
Halle 12)**

**Hannoversche Str. 30 F
29221 Celle Tel. 907927**

Fahrradwerkstatt
je. Dienstag 16-19 Uhr
Abraxas (Anti-AKW)
je. Dienstag 19 Uhr
Archiv
je. Donnerstag 17-19 Uhr
KDV-Beratung
je. Donnerstag 17-19 Uhr
Plenum
je. Donnerstag 19 Uhr
Volkküche
je. Sonntag 18 Uhr

VOKU - PLAN:

4.11. Gemüse Guerilla
11.11. Pasta Ya
18.11. Spice Girls
25.11. Fair VERbruzzelt
2.12. Flitze Feuerzahn
9.12. Gemüse Guerilla
16.12. Pasta Ya
23.12. Spice Girls
30.12. Fair VERbruzzelt